

Abschiebungen nach europäischen Vorgaben

Die Auswirkungen der Rückführungsrichtlinie auf das deutsche Aufenthaltsrecht

Bearbeitet von
Dr. Carsten Hörich

1. Auflage 2015. Buch. 319 S. Kartoniert
ISBN 978 3 8487 2294 5
Gewicht: 477 g

[Recht > Öffentliches Recht > Verwaltungsrecht > Ausländerrecht, Asyl,
Staatsangehörigkeit](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Carsten Hörich

Abschiebungen nach europäischen Vorgaben

Die Auswirkungen der Rückführungsrichtlinie auf das
deutsche Aufenthaltsrecht



Nomos

Schriften zum Migrationsrecht

Herausgegeben von

Klaus Barwig, Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Prof. Dr. Jürgen Bast, Universität Gießen

Prof. Dr. Ulrike Davy, Universität Bielefeld

Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano, Universität Bremen

Prof. Dr. Marie-Claire Foblets,

MPI für ethnologische Forschung, Halle

Prof. Dr. Thomas Groß, Universität Osnabrück

Prof. Dr. Dr. h.c. Kay Hailbronner, Universität Konstanz

Prof. Dr. Winfried Kluth, Universität Halle-Wittenberg

Prof. Dr. Daniel Thym, LL.M, Universität Konstanz

Band 20

Carsten Hörich

Abschiebungen nach europäischen Vorgaben

Die Auswirkungen der Rückführungsrichtlinie auf das
deutsche Aufenthaltsrecht



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Halle-Wittenberg, Univ., Diss., 2015

ISBN 978-3-8487-2294-5 (Print)

ISBN 978-3-8452-6398-4 (ePDF)

1. Auflage 2015

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2015. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
A Einleitung	19
1. Fragestellung	25
2. Methodisches Vorgehen	26
3. Rechtlicher Prüfungsmaßstab	30
a) Grundrechtecharta als Grundrechtsmaßstab	30
b) Bei der Anwendung besonders zu beachtende Rechte	33
aa) Das Wohl des Kindes	33
(a) Charakterisierung der Kinderrechtskonvention	34
(b) Anwendung der Kinderrechtskonvention im Unionsrecht	36
bb) Familiäre Bindungen	40
cc) Gesundheitszustand des Betroffenen	41
dd) Grundsatz der Nichtrückweisung	41
ee) Auswirkungen der besonders zu beachtenden Rechte	42
B Der Anwendungsbereich der Rückführungsrichtlinie	45
1. Sachlicher Anwendungsbereich	45
2. Räumlicher Anwendungsbereich	47
3. Persönlicher Anwendungsbereich	49
a) Drittstaatsangehörige i.S.d. Rückführungsrichtlinie	50
aa) Unionsbürger	50
bb) Freizügigkeitsberechtigt nach Art. 2 Abs. 5 a) SGK	51
cc) Freizügigkeitsberechtigt nach Art. 2 Abs. 5 b) SGK	51
dd) Zwischenergebnis	53
b) Ausnahmen vom persönlichen Anwendungsbereich	53
aa) Art. 2 Abs. 2 a)	53
bb) Art. 2 Abs. 2 b)	56
cc) Rechtserhaltung im Rahmen des Anwendungsausschlusses	58

Inhaltsverzeichnis

dd) Nutzung der Ausschlussklausel bei Umsetzung der Richtlinie	60
(a) Notwendigkeit einer eigenständigen Umsetzungsvorschrift	60
(b) Konkrete Nutzung der Ausnahmeklausel durch den Gesetzgeber	62
4. Zwischenergebnis	64
5. Anwendbarkeit auf Überstellungen im Dublin-Verfahren	65
a) Trennung der Anwendungsbereiche auf der Ebene des Unionsrechts	66
b) Überschneidungen auf nationaler Rechtsebene	68
c) Ergebnis zur Anwendbarkeit auf Überstellungen im Dublin-Verfahren	69
C Die Rückkehrentscheidung	71
1. Begriff der Rückkehrentscheidung	71
2. Ausnahmen vom Erlass einer Rückkehrentscheidung	73
3. Die Rückkehrentscheidung im nationalen Recht	76
a) Anforderungen an die Umsetzung	76
b) Umsetzung der Rückkehrentscheidung	78
aa) Faktisches Entstehen der Illegalität	78
bb) Entstehung der Illegalität durch behördliches Handeln	80
(a) Ausweisungsentscheidungen	81
(b) Widerruf/Rücknahme des Aufenthaltstitels	87
(c) Rückkehrentscheidung nach erfolglosem Asylverfahren	87
c) Zwischenergebnis	90
d) Vollziehbarkeit und Vollstreckbarkeit der Rückkehrentscheidung	91
aa) Keine Notwendigkeit der Vollziehbarkeit der Rückkehrentscheidung	91
bb) Notwendigkeit der Vollstreckbarkeit der Rückkehrentscheidung	91
4. Spezielle Verfahrensanforderungen bei unbegleiteten Minderjährigen	93
a) Anwendbarkeit der Unterstützungsvorgabe	93

b) Art der Unterstützung	95
c) Dauer der Unterstützung	98
d) Ergebnis	98
D Die Frist zur freiwilligen Ausreise	101
1. Erstmalige Anordnung der Ausreisefrist	102
a) Länge der Ausreisefrist	103
aa) Gesetzliche Vorgaben der Abschiebungsandrohung	103
bb) Erwägungen zur Bestimmung der Ausreisefrist	103
b) Ausreisefrist nach erfolglosem Asylverfahren	105
c) Ausreisefrist bei Opfern von Menschenhandel	107
d) Ausreisefristsetzung trotz Vorliegens von Abschiebungsverboten	108
2. Verlängerung der Ausreisefrist	109
3. Verkürzte beziehungsweise nicht gewährte Ausreisefrist	111
a) Fluchtgefahr oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung	112
b) Freiwillige Ausreise bei Inhaftierung des Betroffenen	115
c) Absehen von einer Abschiebungsandrohung	117
4. Rechtsgarantien während der laufenden Ausreisefrist	119
5. Aufschub der Abschiebung	121
a) Gründe für den Aufschub der Abschiebung	122
aa) Aufschub aufgrund der Einlegung von Rechtsmitteln	122
bb) Aufschub aufgrund von Abschiebungshindernissen	122
cc) Aufschub aufgrund eines Verstoßes gegen den Grundsatz der Nichtrückweisung	123
dd) Aufschub aufgrund Scheitern der Aufenthaltsbeendigung	126
b) Rechtspositionen während des Aufschubs der Abschiebung	127
c) Bescheinigung über Aufschub der Abschiebung	130
d) Wegfall des Aufschubgrundes	131
6. Pflichten während der laufenden Ausreisefrist bzw. des Aufschubs der Abschiebung	132
a) Ermächtigungsgrundlage für Auferlegung von Pflichten	133
b) Zeitpunkt der Auferlegung von Pflichten	133
c) Verhältnismäßigkeit der Pflichten	134

Inhaltsverzeichnis

d) Unzulässigkeit einer generellen Residenzpflicht	134
E Vollzug der Rückkehrentscheidung	137
1. Abschiebungsvoraussetzungen	137
a) Ablauf der Frist zur freiwilligen Ausreise	138
b) Keine Aussetzung der Abschiebung	139
c) Befristung eines eventuellen Einreiseverbotes	140
d) Besondere Verfahrensanforderungen bei unbegleiteten Minderjährigen	140
aa) Dogmatische Einordnung	141
bb) Anforderungen an die Sicherstellung der Betreuung im Zielstaat	144
cc) Rechtsschutzmöglichkeiten bei Wegfall der Unmöglichkeit der Vollstreckung	145
2. Die Abschiebung	146
a) Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen der Abschiebung	146
b) Abschiebungsmaßnahmen	147
c) Einführung eines Systems zur Überwachung von Rückführungen	149
3. Voraussetzungen der Abschiebungshaft	150
a) Überblick über die Voraussetzungen der Abschiebungshaft	151
b) Vorliegen der Abschiebungsvoraussetzungen	152
aa) Zulässigkeit der Vorbereitungshaft	152
bb) Sicherungshaft erst ab Rückkehrentscheidung	154
c) Vorliegen eines Haftgrundes	155
aa) Haftgründe der Richtlinie	155
(a) Fluchtgefahr	155
(b) Behinderung des Rückkehrverfahrens	156
(c) Abschließende Aufzählung der Haftgründe	157
(d) Anforderung für die Normierung von Haftgründen im nationalen Recht	157
bb) Gründe für Sicherungshaft im § 62 Abs. 3 AufenthG	160
(a) Unerlaubte Einreise	160
(b) Abschiebungsanordnung nach § 58a AufenthG	162
(c) Unbekannter Wohnortwechsel	163
(d) Abwesenheit beim Abschiebungstermin	163
(e) Entziehung von der Abschiebung	164

(f) Begründeter Verdacht	164
(g) „Kleine Sicherungshaft“	166
cc) Zwischenergebnis	167
d) Verhältnismäßigkeit der Haftanordnung	167
aa) Zweckbindung	168
bb) Durchführbarkeit der Aufenthaltsbeendigung	168
cc) Erforderlichkeit	168
dd) Angemessenheit	169
e) Formelle Voraussetzungen der Anordnung von Abschiebungshaft	170
aa) Zuständigkeit	170
bb) Anordnungsverfahren	171
(a) Vorliegen eines Haftantrages	172
(b) Anhörung	173
4. Dauer der Abschiebungshaft	175
a) Erstanordnung der Abschiebungshaft	176
b) Verlängerung der Haft	176
aa) Bis sechs Monate	177
bb) Über Sechs Monate hinaus	177
c) Haftende	179
aa) Nichtvollziehbarkeit der Rückkehrentscheidung	180
bb) Erreichen der maximalen Haftdauer	181
cc) Rechtswidrigkeit der Haftanordnung	182
dd) Keine Beachtung des Beschleunigungsgebotes	182
ee) Stellen eines Asylantrags	183
5. Durchführung von Abschiebungshaft	185
a) Vollzugsort	185
aa) Notwendigkeit spezieller Abschiebungshaftanstalten	186
bb) Keine Einwilligung in Abschiebungshaft in Justizvollzugsanstalten	193
cc) Ausgestaltung der Abschiebungshaftanstalten	195
b) Vollzugsbedingungen	197
aa) Kontaktaufnahmemöglichkeiten der Inhaftierten	199
bb) Besuchsrecht von NGO's	199
cc) Informationspflichten gegenüber dem Inhaftierten	201
dd) Gesundheitsversorgung	201
ee) Ergänzende Regelungen	202
ff) Bewertungsmaßstab	203

Inhaltsverzeichnis

c) Ausnahmeklausel des Art. 18 der Richtlinie	205
6. Inhaftnahme von Familien und unbegleiteten Minderjährigen	206
a) Grundsätzliche Zulässigkeit der Inhaftierung Minderjähriger	206
b) Voraussetzungen der Abschiebungshaft	208
aa) Voraussetzungen bei Familien bzw. Familienmitgliedern	209
bb) Voraussetzungen bei unbegleiteten Minderjährigen	210
c) Anforderungen an die Durchführung der Abschiebungshaft	211
aa) Inhaftierung von Familien bzw. Familienmitgliedern	211
bb) Inhaftierung Minderjähriger	213
F Einreiseverbote	217
1. Erlass von Einreiseverboten	218
a) Rechtliche Einordnung des Einreiseverbotes	218
aa) Unionsrechtliches und nationales Verständnis des Einreiseverbotes	218
bb) Unzulässigkeit einer gesetzlichen Anordnung eines Einreiseverbotes	220
b) Rechtsfolgen eines Einreiseverbotes	224
aa) Keine Wiedereinreise	224
bb) Keine Aufenthaltstitelerteilung	226
c) Ausnahmen	228
2. Befristung von Einreiseverboten	230
a) Antragsunabhängige Befristung	230
b) Befristungsentscheidung als gebundene Entscheidung	233
c) Nebenbestimmungsfreie Befristungsentscheidungen	235
aa) Keine Zulässigkeit von Nebenbestimmungen in Befristungsentscheidungen nach den Vorgaben des Unionsrechts	235
bb) Fehlen einer Ermächtigungsgrundlage im nationalen Recht	237
cc) Zwischenergebnis	239
d) Zeitpunkt der Befristung	239
e) Beginn des Fristlaufs	242
f) Fristlänge	244
aa) Grundlagen der Fristberechnung	244
bb) Grundsätzliche Höchstdauer	246
cc) Möglichkeiten längerer Fristen	247

g) Nachträgliche Neubefristung	247
h) Behandlung von sog. „Altfällen“	250
G Verfahrensgarantien und Rechtsschutz	253
1. Verfahrensrechte	253
a) Prüfungsmaßstab	253
aa) Anwendbarkeit von Art. 41 GrCH im Rückkehrverfahren	253
bb) Inhalt des Verfahrensgrundrechts	255
b) Recht auf Anhörung	258
aa) Notwendigkeit der Anhörung nach europäischen Vorgaben	258
bb) Notwendigkeit der Anhörung nach nationalem Recht	260
cc) Durchführung der Anhörung	261
c) Recht auf Akteneinsicht	263
d) Recht auf Begründung	263
aa) Begründungsregelung im deutschen Recht	264
bb) Übersetzung der wichtigsten Elemente	266
cc) Formanforderungen bei illegaler Einreise – „Beschleunigtes Verfahren“	267
2. Rechtsschutz im Rückkehrverfahren	269
a) Prüfungsmaßstab	270
b) Rechtsschutz im Rahmen des Rückkehrverfahrens	271
aa) Rechtsschutz gegenüber Rückkehrentscheidungen	271
bb) Rechtsschutz gegen Bestimmungen zur Ausreisefrist	272
cc) Rechtsschutz gegenüber Maßnahmen zum Zwecke der Abschiebung	272
dd) Rechtsschutz im Rahmen der Abschiebungshaft	272
ee) Rechtsschutz gegenüber Einreiseverboten	274
(a) Rechtsschutz gegen unbefristete/befristete Einreiseverbote	275
(b) Rechtsschutz bei Zwangsmaßnahmen ohne Befristung des Einreiseverbotes	277
e) Rechtsberatung und -Vertretung	277
(a) Rechtsberatung im Rahmen des Rückkehrverfahrens	279
(b) Rechtsberatung im Rahmen der Abschiebungshaft	279

Inhaltsverzeichnis

H	Auswirkungen auf das Ausländerstrafrecht	283
1.	Einschränkung der Strafbarkeit des illegalen Aufenthalts	284
a)	Ende des Rückkehrverfahrens	286
b)	Keine Rechtfertigung für die Nichtrückkehr	288
c)	Resttatbestand der Verhinderung des Rückkehrverfahrens	288
d)	Ergebnis	289
2.	Entfallen der Strafbarkeit der illegalen Einreise	289
a)	Keine Strafbarkeit bei anschließender Aufenthaltsbeendigung	290
b)	Keine Strafbarkeit bei anschließender Aufenthaltslegalisierung	291
c)	Keine Strafbarkeit bei Anerkennung von Internationalem Schutz	292
d)	Keine Strafbarkeit der illegalen Einreise in Dublin-Fällen	293
e)	Ergebnis	294
3.	Keine Strafbarkeit der Einreise trotz Einreiseverbot	294
a)	Keine Strafbarkeit bei unbefristeten Einreiseverboten	294
b)	Keine Strafbarkeit bei Verstoß gegen befristete Einreiseverbote	295
c)	Keine Strafbarkeit bei Nichtausreise trotz Ausweisung	297
4.	Auswirkungen auf den Tatbestand des § 96 AufenthG	297
5.	Strafbarkeit des Verstoßes gegen eine räumliche Beschränkung	298
6.	Ergebnis der Auswirkungen auf das Ausländerstrafrecht	298
I	Fazit	301
	Literaturverzeichnis	309